



Charlotte Quik MdL,
Platz des Landtages 1
40221 Düsseldorf

Ekin Deligöz

Parlamentarische Staatssekretärin
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Glinkastraße 24, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11018 Berlin

TEL +49 (0)30 20655-1122

FAX

E-MAIL pstin-deligoez@bmfsfj.bund.de

INTERNET www.bmfsfj.de

ORT, DATUM Berlin, den 26.01.2023

Sehr geehrte Frau Quik,
sehr geehrte Frau Schulze-Föcking,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 22. November 2022 mit dem Sie für eine bundesweite Aufarbeitung der Geschehnisse während der sog. Kinderverschickungen eintreten.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) befasst sich bereits seit vielen Jahren, u. a. im Rahmen der Fonds Heimerziehung Ost und West, mit der Situation von in Heimen untergebrachten Kindern.

Konkrete Berichte von ehemaligen sogenannten „Verschickungskindern“ über Misshandlungen im Rahmen von „Kinderkuren“ sind dem BMFSFJ seit Ende des Jahres 2019 bekannt. Nach den bisherigen Erkenntnissen wurden diese „Kinderverschickungen“ insbesondere in den 1950er und 1960er Jahren durch unterschiedliche Träger auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene durchgeführt. Es befassen sich daher mehrere Ressorts der Bundesregierung mit dieser Thematik, darunter neben dem BMFSFJ auch das



SEITE 2 Bundesministerium für Gesundheit (BMG) und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS).

Die Ressorts sind gemeinsam in einen Fachaustausch mit dem Verein „Aufarbeitung und Erforschung Kinderverschickung e.V.“ (AEKV) eingetreten und haben mit großer Betroffenheit Anteil genommen an den Berichten des AEKV über Vorkommnisse in den sog. „Kindererholungsheimen“. Die betroffenen Bundesressorts erkennen das Leid der betroffenen ehemaligen Kinder ausdrücklich an.

Das BMFSFJ begrüßt die in den Bundesländern ergriffenen Initiativen zur Aufarbeitung der Geschehnisse während der sog. Kinderverschickungen sehr.

Den beteiligten Bundesressorts ist sehr daran gelegen, dass die wichtige Aufarbeitung der von ehemaligen „Verschickungskindern“ berichteten Geschehnisse gewährleistet wird. Das BMFSFJ wird hierzu mit den Ländern und Kommunen in einen Austausch über die Verantwortung für das erlittene Leid und Unrecht der „Verschickungskinder“ treten.

Mit freundlichen Grüßen

Ekin Deligöz